

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Journalistin Gauri Lankesh erschossen

Die Journalistin und bekannte Kritikerin der Hindu-Rechten, Gauri Lankesh, wurde am Abend des 5. September vor ihrem Haus in Bangalore von Unbekannten erschossen. Sie wollte gerade die Tür zu ihrem Haus aufschließen, als vier Kugeln aus nächster Nähe auf sie abgefeuert wurden. Sie verstarb am Tatort. Die Täter werden in den Reihen der Hindu-Nationalisten vermutet. Gauri Lankesh war Chefredakteurin und Herausgeberin der in Bangalore erscheinenden Wochenzeitung *Gauri Lankesh Patrike*, in der regelmäßig anti-nationalistische und RSS/BJP-kritische Beiträge erscheinen. Sie mobilisierte gegen die Hindutva, auch, indem sie Seminare und Konferenzen organisierte und öffentlich gegen den Hindu-Nationalismus Stellung bezog. Lankesh ließ sich von Morddrohungen und Anfeindungen nicht einschüchtern: „Wenn wir es nicht sagen, wer wird es sonst tun.“ In den vergangenen Jahren waren bereits die öffentlichen Intellektuellen und Gelehrten Narendra Dabholkar (2013), Govind Pansare (2015) und M.M. Kalburgi (2015) ermordet worden, die allesamt als Kritiker der Hindutva in Erscheinung traten. Im ganzen Land fanden nach dem Mord an Lankesh Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen statt, unter anderem in Bengaluru, Delhi und Mumbai.

Dritte Kabinettsumbildung

Bereits zum dritten Mal seit seinem Amtsantritt hat Premier Modi seine Regierung umgebildet. Vier Minister wurden „befördert“ und sind nun Teil des Regierungskabinetts: Piyush Goyal (Eisenbahn), Nirmala Sitharaman (Verteidigung), Dharmendra Pradhan (Öl und Gas) sowie Mukhtar Abbas Naqvi (parlamentarische Angelegenheiten). Es wurden neun neue Minister vereidigt. Dazu gehört auch der ehemalige Polizeichef von Mumbai, Satyapal Singh. Sechs Minister sind zurückgetreten. Vermutlich wurden sie von Modi dazu gedrängt, da ihre Leistungen nicht den Erwartungen entsprochen hatten. Der Premier möchte mit Blick auf die Wahlen 2019 über eine „effiziente“ Ministerriege verfügen, um seine Wiederwahl nicht durch Personalangelegenheiten zu gefährden.

Überschwemmungen mit zahlreichen Todesopfern

In Südasien sind durch Überschwemmungen während des diesjährigen Monsuns über 2000 Menschen ums Leben gekommen. Allein in Indien soll es nach Behördenangaben über 1600 Todesopfer gegeben haben. Über 30 Millionen

Menschen sind nach wie vor von den Auswirkungen betroffen. Davon lebt ein Großteil in den Bundesstaaten Bihar, West Bengalen, Assam und Uttar Pradesh. Hunderte Dörfer mussten von ihren Bewohnern zurückgelassen werden. Trotz der verheerenden Flut-Folgen berichteten internationale Medien zumeist einseitig von den Überschwemmungen in Texas, USA. Diese voreingenommene Berichterstattung fasste das Boulevard-Blatt *Mumbai Mirror* treffend zusammen, indem es titelte: „Houston, wir haben hier (auch) ein Problem!“ Während aus den Fluten von Texas spektakuläre Bilder von fliehenden Krokodilen und Schlangen übermittelt wurden, fanden die zahlreichen Todesopfer und großen Schäden in Südasien kaum Erwähnung. Wenn Überschwemmungen in Indien auftauchten, dann zumeist in spektakulären Fotos der stillstehenden *Maximum City* Mumbai. Spektakulär war tatsächlich die Regenmenge, die hier an einem Tag gefallen war: 15 Prozent des jährlichen Niederschlags. Für das Ausmaß der Katastrophe werden unter anderem die unkontrollierte Urbanisierung und die Austrocknung sowie Versiegelung der Mangroven- und Sumpfbereiche verantwortlich gemacht.

Säuglingssterben in indischen Krankenhäusern

In einem Krankenhaus in Gorakhpur in Uttar Pradesh (UP) sind in diesem Jahr bislang 1250 Säuglinge und Kleinkinder verstorben. Wie indische Medien berichten, starben seit Anfang August allein 290 Babys. Nun wurden ähnliche Zustände aus Farrukhabad in Uttar Pradesh gemeldet. Hier wurden im August 49 Säuglingstode gemeldet. Als Ursache galt zunächst die mangelnde Versorgung mit medizinischem Sauerstoff. Ärzte weisen die Verantwortung von sich und geben die mangelnde gesundheitliche Bildung der Patienten und Angehörigen sowie fehlendes Wissen in Bezug auf Hygiene als Gründe an. Regierungsbehörden legten Wert auf die Feststellung, dass verschiedene Gründe zu den Tragödien geführt haben müssten, primär aber die Mangelversorgung mit Sauerstoff. Damit schoben sie die Verantwortung wiederum der Krankenhausverwaltung und den Ärzten zu. Journalisten dokumentierten in beiden Fällen unhaltbare hygienische Zustände in den Krankenhäusern, eine chronische Unterbesetzung bei der Ärzteschaft und beim Pflegepersonal, das zudem völlig überarbeitet sei. Außerdem machten sie die schlechte Infrastruktur und Engpässe in der Versorgung mit Medikamenten, etwa mit medizinischem Sauerstoff, für die katastrophalen Zustände verantwortlich. Die Regionen von Farrukhabad und Gorakhpur sind Risikogebiete für Japa-

nische Enzephalitis, an deren Folgen und mangelhafter Behandlung jährlich Hunderte Kinder sterben.

Talaq-Scheidung ist verfassungswidrig

Am 22. August entschied das Oberste Gericht, dass die Tradition der *Talaq*-Ehescheidung nicht verfassungskonform sei. Mit der einseitig vom Mann auszusprechenden Scheidungserklärung *Talaq* (arabisch für Scheidung, Verstoßung) konnten sich muslimische Ehemänner in Indien bislang mit sofortiger Wirkung von ihren Frauen trennen: Dabei war die einseitige Scheidung rechtskräftig, wenn drei Mal das Wort *Talaq* wiederholt wurde. Die zuständigen fünf Richter – ein Hindu, ein Christ, ein Muslim, ein Sikh und ein Parse – entschieden nun mehrheitlich, dass die Praxis des *Triple Talaq* gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz verstoße. Die indische Regierung begrüßte das Urteil und bemüht sich, die Gesetzesänderung als ihren Erfolg zu präsentieren. Die in Fragen der Gleichberechtigung nicht gerade progressive BJP (*Bharatiya Janata Party*)-Regierung muss herbe Kritik einstecken, da ausgerechnet sie sich zur Verfechterin von (muslimischen) Frauenrechten aufschwingt. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International Indien feierten das Urteil als großen und wichtigen Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von Frauen. In 22 anderen islamisch geprägten Ländern wie Pakistan und Bangladesch ist die Praxis der *Talaq*-Ehescheidung bereits verboten.

Ram Nath Kovind neuer Präsident Indiens

Der 71-jährige Ram Nath Kovind ist der neue indische Präsident. Er ist Dalit und hat mit Unterstützung der BJP die Kandidatin der indischen Kongresspartei, Meira Kumar, ebenfalls Dalit, geschlagen. Wie Modi ist auch Kovind ein Zögling der radikal-hinduistischen Kaderorganisation *Rashtriya Swayamsevak Sang* (RSS). Kovinds Ernennung gehört zu einer Reihe von Modis Erfolgen, seine Anhänger in einflussreichen Ämtern zu platzieren. Seine Nominierung durch die BJP wurde zudem als Signal an die enttäuschten Dalit-Wählergruppen gewertet, die Anliegen der *Scheduled Castes* ernst zu nehmen. Kritiker werfen der BJP Symbolpolitik vor. Kovind habe sich bislang nicht als Fürsprecher und Anwalt für die Anliegen der Dalits hervorgetan. Die Gegenkandidatin Kumar, früher Diplomatin und Parlamentssprecherin, engagiert sich hingegen seit vielen Jahren lautstark für Dalit-Rechte (siehe auch Kommentar).

Demonetarisierung nutzlos?

Mittlerweile sind 99 Prozent der im November 2016 entwerteten Banknoten wieder in den Geldkreislauf

zurückgeflossen. Mit dieser Neuigkeit Ende August leistete die indische Notenbank RBI (*Reserve Bank of India*) den Kritikern der Schock-Geldentwertung Argumentationshilfe. Über die Gründe für diesen erstaunlich hohen Anteil streiten sich die Experten. Die Einen sehen sich bestätigt, dass es kaum bares Schwarzgeld gegeben habe und stattdessen das Kapital auf ausländischen Bankkonten oder in Form von Edelmetallen sowie –steinen, Immobilien und Firmenbeteiligungen angelegt worden sei. Die andere Seite geht davon aus, dass Schwarzgeld über mehr oder minder verschlungene Wege wieder zurück in das System gepumpt werden konnte.

Not in my Name – Proteste gegen Lynch-Morde

Feindselige Äußerungen zu *Azan*-Gebeten, Pakistan und zum Islam im Allgemeinen, auch von Personen des öffentlichen Lebens, sind kein Tabu mehr. Gewaltverbrechen, die im Namen der „Heiligen Kuh“ begangen werden, haben in den vergangenen Monaten zugenommen. Dabei kam es zu Verfolgungen, Anschlägen und Lynchmorden. Seit Ende September 2015 hat die *Hindustan Times* insgesamt 135 solcher Verbrechen gezählt. Zu den Opfern gehört auch der 15-jährige Muslim Junaid Khan, der von einem Mob angegriffen, als „Pakistani“ beschimpft und schließlich erstochen wurde, weil er angeblich Rindfleisch bei sich hatte. Kundgebungen und Demonstrationen gegen die jüngsten Lynch-Morde fanden unter dem Motto *Not in my Name* mit Tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern Anfang Juli in mehr als zehn indischen Städten statt, darunter in Mumbai. Medienwirksame Unterstützung kam von Bollywood-Größen wie Shabana Azmi und Kalki Koechlin. Kritisiert wurden die Proteste zunächst wegen ihrer homogenen Zusammensetzung, da beinahe ausschließlich Oberschicht-Städter und Intellektuelle teilnahmen. Darauf folgende Demos sahen hingegen auch mehr Beteiligung von Gewerkschaften, Parteien sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Marsch gegen den Hass

Der Aktivist und Bürgerrechtler Harsh Mander hat unter dem Eindruck der zunehmenden Gewalt zu einem „Marsch der Solidarität und der Liebe“ durch Indien aufgerufen. Auftakt für die *Karawan-e-Mohabbat* war am 4. September in Assam. Enden wird der Protestzug am 2. Oktober mit einem Besuch des Geburtsortes von Mahatma Gandhi (Porbandar in Gujarat). Der Marsch hielt an weiteren Stationen, an denen Gewalttaten gegen Minderheiten verübt wurden. Sie stehen symbolhaft für das gesellschaftliche Klima in Indien. „Wir dürfen nicht länger wegsehen. Warum schweigen wir? Warum protestieren wir

nicht?“, lautete sein Appell an das öffentliche Gewissen. Mander forderte die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und vor allem von öffentlichen Intellektuellen, die den Marsch in ihrer eigenen Form dokumentieren sollten.

Minister verurteilt „Kuh-Beschützer“

Der Minister für Soziale Gerechtigkeit, Ramdas Athawale, hat die selbsternannten „Kuh-Beschützer“ und ihre gewaltsamen Taten verurteilt. Nach einem Angriff auf einen Muslim in Nagpur bestärkte er, dass das Essen von Rindfleisch jedermanns Recht sei, das niemand anzweifeln darf. Kritik gegenüber der indischen Regierung wird zunehmend laut wegen der Lynchjustiz ihrer Anhänger gegenüber Dalits und anderen Minderheiten. „Die Angriffe der ‚Kuh-Beschützer‘ sind nicht nur schwerwiegend, sondern auch eine Bedrohung für ein friedvolles Miteinander“, konstatiert Athawale.

Doklam-Deeskalation zwischen China und Indien

China und Indien konnten sich auf eine gemeinsame Deeskalationspolitik bei den Grenzstreitigkeiten in Doklam einigen – rechtzeitig zum BRICS-Gipfel Anfang September im chinesischen Xiamen. Die territorialen Streitigkeiten im „Dreiländereck“ von China, Indien und Bhutan schwelen bereits seit Jahrzehnten. In den vergangenen drei Monaten hatten das verbale Muskelspiel und die politischen Drohgebärden auf beiden Seiten wieder zugenommen. Indien hatte sich – offiziell im Interesse und im Einklang mit dem Freundschaftsvertrag mit Bhutan – gegen Infrastrukturprojekte durch China in der umstrittenen Region gewendet. Daraufhin soll China die Reise von Pilgern nach Kailash Mansarovar verhindert haben. Mansarovar ist eine Pilgerstätte, die von Hindus, Buddhisten und Jainas gleichermaßen verehrt wird. Die indische Armee soll nach Medienberichten zwar von Bhutan um Unterstützung gebeten worden sein, nicht aber um einen militärischen Einsatz im chinesischen Grenzgebiet. Viele vermuten innenpolitische Motive hinter dem indischen Aktionismus im Grenzgebiet. *The Hindu* wies auf das erforderliche diplomatische Fingerspitzengefühl hin: „Ist Doklam wirklich von solch herausragender geostrategischer Bedeutung, dass es sich lohnen würde, hier einen militärischen Konflikt vom Zaun zu brechen?“

Urteil gegen *Messenger of God* sorgt für gewalttätige Unruhen

Gurmeet Ram Rahim Singh, religiöser Führer der Bewegung *Dera Sacha Sauda*, wurde der Vergewaltigung schuldig gesprochen. Der selbsternannte *Messenger of God* wurde Ende August zu 20 Jahren Haft verurteilt. Die

Urteilsverkündung in dem über 15 Jahre dauernden Prozess wurde von gewalttätigen Demonstrationen und Unruhen begleitet. Dabei starben 36 Menschen, über 250 Menschen wurden verletzt. Während Haryana – Hauptsitz der Bewegung – die schlimmsten Ausschreitungen sah, kam es auch im südlichen Punjab, in Delhi, Uttar Pradesh und Teilen von Rajasthan zu Gewaltexzessen. Scharf kritisiert wurde die Regierung Haryanas, die mehr oder weniger zugesehen hatte, wie sich in den Zentren der religiösen Bewegung gewaltbereite Anhänger sammelten, Waffen gehortet und Benzin für Brandbomben herangeschafft hatten. Der Guru, Musiker und Filmschauspieler Rahim Singh war in der Vergangenheit zudem des Mordes und illegaler Kastrationen in seiner Sekte verdächtigt worden. Politisch hat er sich als Fürsprecher der BJP hervorgetan und gute Kontakte zu Parteivorden gepflegt. Nach der Urteilsverkündung gingen weitere Opfer mit ihren Leidensgeschichten an die Öffentlichkeit.

Indigene noch immer nicht offiziell anerkannt

Bereits vor 10 Jahren, am 13. September 2007, wurde die Deklaration über die Rechte indigener Völker von den Vereinten Nationen verabschiedet. Indien hat dieser Erklärung in der UN-Generalversammlung ebenfalls zugestimmt. Doch noch immer lässt die Regierung mit einer Anerkennung indigener Völker in Indien auf sich warten. Nach wie vor werden ihnen fundamentale Rechte verwehrt. Oftmals werden sie systematisch von ihrem Land vertrieben oder ihre Eigentumsrechte nicht respektiert, insbesondere wenn es um den Abbau von Bodenschätzen geht. Auf diese nicht zu tolerierenden Zustände hat der Landesvertreter des UN-Forums zu indigenen Angelegenheiten Phoolman Chaudhary mit einem Besuch indigener Völker in Chhattisgarh aufmerksam gemacht. Chaudhary wollte mit seiner Reise auch überprüfen, ob und inwiefern Behörden die UN-Vorgaben umsetzen. Indien habe sich als Befürworter der Deklaration dazu verpflichtet. Unterdessen konnten Indigene in Jharkhand einen Sieg im Kampf um Landrechte erringen. Der Gouverneur hatte seine Unterschrift unter zwei neue Gesetzesvorlagen verweigert, mit denen die Regierung das Land der Ureinwohner zum Zwecke der „Entwicklung“ schneller hätte enteignet werden können. Indigene und Menschenrechtsgruppen hatten sich gegen die Gesetzesnovellen engagiert und nun ihren „historischen“ Sieg gefeiert.

Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit

Ver mehrt wurden in letzter Zeit Fälle von (in-)direkter Zensur in den indischen Medien bekannt. So hatte die renommierte sozialwissenschaftliche Zeitschrift *Econo-*

mic and Political Weekly (EPW) einen Artikel des Chefredakteurs Paranjoy Guha Thakurta nach Veröffentlichung wieder von der EPW-eigenen Webseite entfernt. In dem Beitrag hatten sich Thakurta und seine Koautoren mit den engen Verbindungen des Adani-Konzerns zu Premier Modi befasst. Diese sollen dem Unternehmen unter Gautam Adani wirtschaftliche Vorteile und Steuerersparnisse verschafft haben. Der Firmenchef gilt als enger Freund und Förderer Narendra Modis. Das Unternehmen hatte nach Veröffentlichung den EPW-Herausgebern mit einer Klage gedroht. Diese sollen daraufhin Druck auf Thakurta ausgeübt haben, der anschließend zurücktrat. Neben diesem prominenten Fall wurden auch kritische Artikel zu auffälligen Vermögensanhäufungen des BJP-Vorsitzenden Amith Shah aus dem Netz entfernt. Darin wurde beschrieben, dass er innerhalb von fünf Jahren sein Gesamtvermögen um 300 Prozent steigern konnte – und gefragt, wie dies eigentlich möglich sei. Ferner hat das *Central Board of Film Certification* (CBFC) als oberste Filmzensurbehörde die Veröffentlichung des Dokumentarfilms *The Argumentative Indian* über den Nobelpreisträger und Universalgelehrten Amartya Sen vorerst untersagt, solange nicht Aussagen von Sen zu „Gujarat“, „Kühen“, „Hindutva-Weltsicht“ und „Hindu-Indien“ entfernt würden. Der Filmmacher Suman Ghosh hat diese Zensur abgelehnt.

Ordinierung von Dalit-Sadhus

Akhil Bhartiya Akhara Prishad (ABAP), Spitzengremium von Heiligen und Wahrsagern, plant die ersten Dalits als *Naga* Sadhus in Ahmedabad 2019 zu ordinieren. Sadhus sind Mönche der verschiedenen hinduistischen Orden, die sich dem asketischen Leben verschrieben haben. Die Entscheidung der Ordinierung eines Dalits sei im Zusammenhang mit dem verstärkten Kontakt der BJP zu Dalits zu betrachten. Bisher durften nur Angehörige höherer Kasten ordinieren werden. „Wenn Dalits und Angehörige niedrigerer Kasten bereit sind, das harte Leben eines *Naga* Sadhus zu führen, haben wir kein Problem damit, sie in den Kult einzuführen. Es wird ein Ende der Kastentrennung mit sich bringen“, meint der Präsident von ABAP, Mahant Narendra Giri.

Katholische Kirche begrüßt Gesetz gegen Dalit-Diskriminierung

Die indische katholische Kirche hat das gesetzliche Verbot des „sozialen Boykotts“ von Minderheiten in Maharashtra begrüßt. Maharashtra ist der erste Bundesstaat in Indien, der ein entsprechendes Gesetz erlassen hat. Unter „sozialem Boykott“ wird der Ausschluss gesellschaftlicher Gruppen aufgrund ihrer Kaste, Religion

oder Kultur von weltlichen oder religiösen Festen sowie staatlichen Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäusern verstanden. Pater Zackarias Devasagayaraj, Sekretär der Kommission für Dalits bei der Indischen Bischofskonferenz und Partner der Dalit Solidarität in Deutschland, begrüßte laut dem katholischen PresseDienst *Ucanews* das Verbot als „historischen Schritt“.

2000 NRO könnten FCRA verlieren

Das Innenministerium hat zahlreiche NRO unter Druck gesetzt, schleunigst ihre Bankverbindung offenzulegen, anderenfalls würde strafrechtlich gegen sie vorgegangen. NRO mit FCRA-Status (*Foreign Contribution Regulation Act*) dürfen nur über ein Bankkonto zum Empfang ausländischer Gelder verfügen und dies müssen sie den Behörden melden. Knapp 4000 Organisationen wurden aufgefordert dies zu tun, etwa 2000 haben den Behörden bislang jedoch keine Rückmeldung gegeben und könnten so ihre FCRA-Lizenz verlieren. Zudem müssen NRO mit FCRA-Status von Buchprüfern belegte Zahlen vorweisen. Insgesamt verfügen laut Regierung mehr als 20.000 Organisationen über eine FCRA-Lizenz. Davon haben aber etwa 10.000 noch keine buchhalterisch geprüften Zahlen vorgelegt und könnten mittelfristig ihre FCRA verlieren.

Bauernproteste für Schuldenerlass

Die Verschuldung vieler Farmer ist in zahlreichen indischen Bundesstaaten zu einem Massenphänomen geworden. Mit teils drastischen Protestformen (Ratten essen, Fahrzeuge in Brand setzen, Hungerstreiks) setzten sich Betroffene in den vergangenen Monaten für eine Entschuldungspolitik ein. In Maharashtra mit Erfolg: Die BJP-Regierung hat hier einen flächendeckenden Erlass der Schulden angekündigt. Die Zahl der Suizide hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht, gerade im Bundesstaat Maharashtra, da viele keinen Ausweg aus der Schuldenfalle sehen.

Hindu-Pilger sterben durch Anschlag in Kaschmir

Bei einem Anschlag auf Hindu-Pilger im Süden Kaschmirs wurden am 10. Juli insgesamt acht Menschen getötet und 21 verletzt. Die Pilger waren mit dem Bus auf dem Weg nach Amarnath, eine bedeutende Hindu-Pilgerstätte. Für das folgenschwerste Attentat seit dem Jahr 2000 wird die Terrororganisation Lashkar-e-Taiba verantwortlich gemacht. Die indische Presse schenkte dem Anschlag große Aufmerksamkeit. Nur wenige Medien wiesen darauf hin, dass die meisten der insgesamt 40 Todesfälle während der diesjährigen Pilgerfahrt auf Herzstillstand zurückzuführen waren.